30.03.2013 Reutlinger Generalanzeiger

IG Metall – Delegiertenversammlung für Reutlingen-Tübingen in Eningen. Abgeordnete Müller-Gemmeke zu Gast

Agenda 2010 auf der Anklagebank

VON NORBERT LEISTER

REUTLINGEN. Gert Bauer stellte in seinem Jahresbericht als Erster Bevollmächtigter der Industrie-Gewerkschaft (IG) Metall Reutlingen-Tübingen die Agenda 2010 an den Pranger: »Wenn ich höre, dass wir ohne die Agenda und Hartz IV heute in der gleichen Situation wären wie Griechenland, Spanien oder Zypern, dann ist das die größte Sch..., die ich je gehört habe.« Allein die richtigen Entscheidungen in den Krisenjahren 2008 und 2009, um große Entlassungswellen zu verhindern, hätten zur erfolgreichen Stellung Deutschlands geführt, so Bauer bei der Delegiertenversammlung in der Eninger HAP-Grieshaber-Halle. Die Agenda 2010 habe hingegen völlig missachtet, dass der Sozialstaat nicht denen noch mehr gibt, die eh schon viel haben und sich bei denen bedient, die kaum was oder nichts besitzen.

»Reine Entgeltrunde«

In Bezug auf die kommende Bundestagswahl im September dieses Jahres müsse die IG Metall »die Zukunft des Sozialstaates als Thema platzieren«. Ansonsten gehe es mit der Altersarmut gerade so weiter wie bisher. Natürlich müssten auch die Arbeitsbedingungen ein zentrales Thema sein, denn: Die Erfolge, die von der Gewerkschaft bei den Tarifverträgen in den vergangenen Jahren erzielt wurden, hätten keineswegs dazu geführt, »dass die unsichere Arbeit abgeschafft wurde«, so Bauer.

Weniger dramatisch gehe es bei der der bereits begonnenen Tarifauseinandersetzung zu: »Das ist eine reine Entgeltrunde «, so Bauer. 5,5 Prozent mehr Lohn fordert die IG Metall für die Metall und Elektrobranche, die zweite Verhandlungsrunde ist für den 19. April angesetzt. »Ich bin gespannt, ob Stefan Wolf als neuer Verhandlungsführer der Arbeitgeber versucht, die Rente mit 69 in die Tarifrunde einzubringen.«

Allerdings würden der IG Metall in der Region Reutlingen-Tübingen die Themen nicht ausgehen: Bei Bosch in Reutlingen stehe weiter die Auseinandersetzung um die Erholpause an, bei der Walter AG (Tübingen) gehe es um die Umstrukturierung der Arbeit, bei Niromet (vormals Rilling) in Nehren sei nach dem Insolvenzantrag sogar die Schließung des Betriebs möglich.



Beate Müller-Gemmeke sieht sich in der Pflicht – schließlich hatten die Grünen mit der SPD die Agenda 2010 auf den Weg gebracht. Besonders in Bezug auf die Leiharbeit »sehe ich es als unsere Verantwortung, die Entwicklung zu korrigieren«, betonte die Bundestagsabgeordnete als Gastrednerin. Soziale Gerechtigkeit werde beim Wahlkampf der Grünen im Mittelpunkt stehen. Und dazu gehörten Leiharbeit, Mini-Jobs und Werkverträge – Auswüchse der Agenda, die korrigiert werden müssten.

»25 Prozent der Beschäftigten in Deutschland arbeiten unter prekären Bedingungen «, so Müller-Gemmeke. »Sie brauchen aber wieder Sicherheit und angemessene Löhne, von denen sie auch leben können.« Sonst sei zudem Altersarmut programmiert. Und die Renten müssten ebenfalls auf ein sozial verträgliches Niveau angepasst werden, 850 Euro im Monat für alle Rentner sei angemessen und auch finanzierbar.

Gefahr der Altersarmut

Schrittweise solle die Rentenversicherung in eine Bürgerversicherung überführt werden – in die jeder einzahlen müsse. »Das ist eine Frage der Gerechtigkeit, aber auch der Finanzierbarkeit.« Würde es jedoch nach der FDP gehen (die den Armuts- und Reichtumsbericht geschönt habe), stünden soziale Standards und Schutz der Beschäftigten nur noch auf dem Papier, so Müller-Gemmeke. Der »gesellschaftliche Konsens der Sozialpartnerschaft« werde mit der aktuellen Politik immer weiter »aufgekündigt – wir brauchen wieder mehr soziale Leitplanken«. (GEA)